

# Der X. Parteitag der KPCh

THOMAS SCHARPING

## Summary

The Tenth Congress of the CCP witnessed the decline of military influence in China. It sanctioned the reemergence of formerly purged rightist power-holders in the Party and the renewed upsurge of an anti-revisionist mass movement. These conflicting trends reflect in the composition of the leading bodies of the Party which are characterized by a coalition of moderate and leftist forces against the military. The election of five vice-chairmen of the CC points to a decision to establish a collective leadership after Mao's decease with second Party vice-chairman Wang Hung-wen symbolizing the continuation of revolutionary policies. The aftermath of the Party's Tenth Congress saw renewed confrontation between radical and moderate forces and threw doubt on the viability of the compromise reached at the congress. The debate on qualifications for Party membership and the conflicting attitudes to the new Mao-dictum of 'Going against the tide' were manifestations of unresolved struggles which were to surface in the anti-Confucian mass movement in 1974.

## I. Einleitung

Seit dem X. Parteitag der KPCh vom 24. bis 28. August 1973 ist über ein Jahr vergangen. Dieses Jahr sah wichtige Personalverschiebungen in der chinesischen Führungsspitze und die Entfaltung einer neuen anti-revisionistischen Massenbewegung, die im Zeichen der Kritik an Lin Piao und Konfuzius heftige Auseinandersetzungen in gesellschaftspolitischen Fragen nach sich zog. Themen wie die Reform des Bildungswesens, die Revolutionierung des Kultursektors, die Landansiedelung der Jugendlichen mit Schulbildung und die Straffung des Verwaltungsapparats standen im Mittelpunkt der Diskussion und zeigten, wie umstritten die Politik der Kulturrevolution nach wie vor ist.

Besondere Brisanz aber erhielt die Kampagne durch ihre Angriffe auf hohe Parteiführer und die erneute Infragestellung der Partei, deren führende Rolle eben erst wieder betont worden war. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es dieser Widerspruch war, der ihre weitere Entwicklung seit dem Sommer 1974 lähmte. Sein Entstehen läßt sich bis zum X. Parteitag zurückverfolgen, dessen personalpolitische Entscheidungen und Auswirkungen auf das Parteileben im folgenden Beitrag analysiert werden sollen.

## II. Zur Vorgeschichte des X. Parteitags

Die 1965 begonnene Kulturrevolution führte zu einem weitgehenden Zerfall der herkömmlichen Herrschaftsstrukturen in der Volksrepublik China. Sie stürzte den

alten, in seiner Spitze ‚revisionistischen‘ Partei- und Regierungsapparat und ersetzte ihn zunächst durch revolutionäre Studenten- und Arbeiterorganisationen, die als externe Machträger fungierten. Unterstützt wurden sie von der Volksbefreiungsarmee (VBA), die unter Lin Piao seit Anfang der 60er Jahre eine maoistische Linie befolgte und nach anfänglichem Abwarten im Januar 1967 auch aktiv zugunsten der Linken in die Kulturrevolution eingriff. Doch beide – revolutionäre Massenorganisationen und VBA – sollten bald zur Quelle neuer Probleme werden. So verzehrte sich die Rotgardistenbewegung zunehmend in inneren Kämpfen, lähmte das Transportwesen und die industrielle Produktion und störte empfindlich Chinas Außenbeziehungen. Damit geriet sie in einen Gegensatz zur VBA, der einzigen intakten Ordnungskraft in der Kulturrevolution. Es war die VBA, die nun die Rotgardisten disziplinierte und sie in revolutionären Allianzen zwangsweise vereinte. Gleichzeitig liefen eine neue Landverschickungskampagne für die städtische Jugend und der Einzug von Arbeitern und Militärs in die Universitätsverwaltungen an.

Organisatorischer Ausdruck dieser neuen Kräfteverschiebung waren die Revolutionskomitees. Sie bestanden aus einer Dreierverbindung von Militärs, revolutionären Kadern und Massenorganisationen, wobei das Militär in den meisten Revolutionskomitees bald ein erdrückendes Übergewicht bekommen sollte. Der vorherrschende Einfluß des Militärs zeigte sich auch bei dem nun einsetzenden Neuaufbau der Partei, an dessen Abschluß der IX. Parteitag der KPCh im April 1969 stand.

Der IX. Parteitag bestimmte Lin Piao eindeutig zum künftigen Nachfolger Mao Tse-tungs und bestätigte das große Gewicht der Armee in allen Partei- und Staatsangelegenheiten. In seinem theoretischen Programm rechtfertigte er die Kulturrevolution, sprach von weiteren Klassenkämpfen und bezog eine militante Stellung gegen die USA und die Sowjetunion. Der Parteitag nahm jedoch nicht zur Frage des Neuaufbaus der Regierung und Verwaltung Stellung. Auch äußerte er sich kaum zur Wirtschaftspolitik. Diese Probleme wurden erst auf dem 2. Plenum des IX. ZK diskutiert, das von Ende August bis Anfang September 1970 in Peking tagte. Das Plenum sah den Beginn der offenen Auseinandersetzungen zwischen Lin Piao und Mao Tse-tung, die in dem gescheiterten Putschversuch vom September 1971 ihren Höhepunkt fanden.

Mit dem Sturz des ehemaligen Verteidigungsministers war das Startzeichen für ein umfangreiches Revirement im chinesischen Militärapparat gegeben, dem zahlreiche Anhänger Lin Piaos in der Armee zum Opfer fielen. Gleichzeitig stellten sich jedoch wieder zwei grundsätzliche Fragen: Die Rolle der Partei im Verhältnis zu anderen Machträgern und das Nachfolgeproblem mußten neu geregelt werden.

Dies waren nicht die einzigen Probleme, mit denen sich ein neuer Parteitag zu befassen hatte. Zunächst mußte über Chinas neue Außenpolitik mit ihren Marksteinen Nixon-Besuch und UNO-Aufnahme Rechenschaft abgelegt werden. Dann stand noch ein weitaus größerer Komplex zur Debatte: die Gültigkeit der kulturrevolutionären Politik. Durch die auch in China geübte Kritik an den anarchistischen Erscheinungen der Jahre 1966–1968 und durch die Ablösung fast aller radikalen Theoretiker in den Pekinger Führungsorganen war sie zunehmend in Frage gestellt worden. Mehr Qualität im Erziehungswesen, mehr Spielraum im Kultursektor, mehr Effizienz in der Produktion – das waren nicht mehr zu überhörende Forderungen der letzten Jahre.

Schließlich ließ auch die Wiedereinsetzung vieler im Verlauf der Kulturrevolution gesäuberten Kader einen Eindruck entstehen, den eine chinesische Radiostation im November 1973 wie folgt beschrieb:

„Als die Hochflut der revolutionären Bewegung vorüber war und während sich die Klassenfeinde in der neuen Situation verbargen, um Vorbereitungen für eine Rückeroberung des verlorenen Terrains zu treffen, vergaßen einige unserer Genossen die Existenz des Klassenkampfes, meinten, daß alles ruhig wäre und die Welt in Ordnung sei . . .“<sup>1</sup>

Dieses Abrücken von der Kulturrevolution blieb jedoch nicht unwidersprochen. Im Sommer 1973 mehrten sich die Stimmen, die vor einem Rückfall in den ‚Revisionismus‘ warnten. Die Reform der Peking-Oper wurde gegen Versuche zur Wiederaufführung alter Spielfilme verteidigt, die Themen Entbürokratisierung und Landarbeit machten wieder Schlagzeilen.

Besonderes Aufsehen erregten jedoch drei Zeitungsartikel aus der ersten Augusthälfte 1973, die wohl nicht zufällig unmittelbar vor dem neuen Parteitag eindeutig linke Positionen verfochten. So griff die ‚Rote Fahne‘ die Existenz der bürgerlichen Ideologie und Mängel in Bereichen des Staatssystems an, die im Widerspruch zur sozialistischen Wirtschaftsbasis stünden<sup>2</sup>. Dieser Attacke gegen den Regierungsapparat folgte der offene Brief eines Hochschulkandidaten, der gegen die scharfe Aufnahmeprüfung an der Universität protestierte. Der Brief wurde durch die Pekinger ‚Volkszeitung‘ bald im ganzen Land verbreitet und entfachte eine neue Auseinandersetzung um die Revolutoin des Erziehungswesens<sup>3</sup>. Eine Woche vor dem X. Parteitag feierte die Presse schließlich überraschend die Verdienste der Rotgardisten in der Kulturrevolution<sup>4</sup>. Damit war der Rahmen der Themen abgesteckt, zu denen die oberste Parteiinstanz verbindliche Aussagen machen mußte.

### III. Der Verlauf des X. Parteitags

Die ersten Schritte zur Einberufung des X. Parteitags wurden im Mai 1973 unternommen, als auf einer Arbeitskonferenz des ZK die Revision des Parteistatuts diskutiert wurde. Die Diskussion wurde in den nachgeordneten Parteikomitees weitergeführt und erbrachte zahlreiche Änderungsvorschläge, die in den Entwurf eines neuen Parteistatuts eingingen<sup>5</sup>. Dieses Statut lag zusammen mit allen anderen Parteitagsdokumenten den Delegierten bereits vor der Eröffnung des Parteitags zur Erörterung vor<sup>6</sup>. Die außerordentliche Kürze des Parteitags, der statt der bisher üblichen zwei bis drei Wochen nur fünf Tage dauerte, spricht dafür, daß die Dokumente ohne größere Diskussion in der vorliegenden Form verabschiedet wurden.

Auch andere Überlegungen führen zu dem Schluß, daß sich der Parteitag immer

<sup>1</sup> Radio Honan vom 10. 11. 1973 (Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East (hinfort: SWB] vom 22. 11. 1973, B II/7).

<sup>2</sup> Li Chien, Chung-she shang-ts'eng-chien-chu ling-yü ti ko-ming, in: Hung ch'i (hinfort: HC), No. 8, 1973, S. 4.

<sup>3</sup> I fen fa jen shen-sheng ti ta-chüan, in: Jen-min jih-pao (hinfort: JMJP) vom 10. 8. 1973.

<sup>4</sup> Mao chu-hsi ti hung-wei-ping yung-yüan tsai chan-tou, in: JMJP vom 18. 8. 1973.

<sup>5</sup> Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, in: Peking Rundschau (hinfort: PRU), No. 35/36, 1973, S. 30.

<sup>6</sup> Pressecommuniqué des X. Parteitags der KPCh, ebenda, S. 6.

mehr von einem echten Entscheidungsorgan zu einem reinen Zeremoniell entwickelt. Zunächst ist hier die Größe des Gremiums zu nennen. Zwar hat sich die Zahl der Delegierten im Vergleich zum IX. Parteitag leicht rückläufig entwickelt, doch dürften 1249 Delegierte immer noch eine letztlich diskussionsunfähige Massenversammlung abgeben. Diese Aussage gilt auch für das neu gewählte ZK. Mit 319 Mitgliedern und Kandidaten (vorher: 279) ist es ebenfalls immer mehr zu einem Legitimationsforum geworden.

Ein Blick auf den Wahlmodus von Parteitag und ZK bestätigt diesen Eindruck. Das Pressecommuniqué des X. Parteitags verwendet den vagen Begriff der „wiederholten Beratungen und Konsultationen über die Kandidatur der Delegierten.“<sup>7</sup> Von einer ordnungsgemäßen Wahl durch die Parteikomitees der verschiedenen Ebenen ist nicht die Rede, und das neue Parteistatut enthält bezeichnenderweise keine Vorschriften über das Wahlverfahren<sup>8</sup>. Auch die Wahl des ZK durch den Parteitag legt den Schluß nahe, daß in der Praxis „Wahl“ eine Ernennung nach vorhergegangenen Beratungen bedeutet. So wurden die Mitglieder und Kandidaten des neuen ZK faktisch schon vor dem Parteitag bestimmt, sind sie doch bis auf wenige Ausnahmen mit den Mitgliedern des Präsidiums identisch, das bereits am ersten Tag den Parteitag leitete. Dennoch wäre es falsch, aus diesen Tatsachen einen Entscheidungsprozeß abzuleiten, der ausschließlich von oben nach unten verläuft. Sie spiegeln lediglich den maoistischen Demokratiebegriff, der einerseits Wahlen als formalistisch und nicht praktikabel ablehnt<sup>9</sup>, andererseits aber auf einer weitgehenden Mitbestimmung der Massen besteht. Dieses populistische Element zeigt sich darin, daß Nicht-Parteimitglieder an den Beratungen zur Auswahl der Delegierten beteiligt waren<sup>10</sup>.

Der Parteitag ratifizierte also Entscheidungen, die bereits vorher nach einem längeren Prozeß der Meinungsbildung getroffen wurden. Er verabschiedete und publizierte sie in drei Dokumenten: im Politischen Bericht Chou En-lais, im neuen Parteistatut und im Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, den Wang Hung-wen im Namen des ZK vorlegte. Außerdem wurde das neue ZK gewählt, das im Anschluß an den Parteitag tagte und die höchsten Führungsorgane der Partei bestimmte: das Politbüro und dessen Ständigen Ausschuß.

#### IV. Personalentscheidungen

Wie in jeder Partei sind auch in der KPCh Sach- und Personalentscheidungen eng miteinander verwoben. So gibt die Zusammensetzung der obersten Parteigremien Hinweise für die künftige Politik der chinesischen Kommunisten, verkörpern doch einzelne Personen bestimmte Gruppeninteressen oder haben sich in der Vergangenheit mit einer bestimmten Politik identifiziert. Dennoch muß jede personalpolitische Analyse der KPCh mit großer Vorsicht behandelt werden, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen läßt die Häufigkeit von Personalunionen und die damit verbundene

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Statut der KPCh, ebenda, S. 29.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Mao Tse-tung's Conversation with Comrades Hysni Kapo and Beqir Balluku, in: Issues and Studies, Vol. X, No. 1, Taipei 1973, S. 100.

<sup>10</sup> Pressecommuniqué des X. Parteitags der KPCh, a.a.O., S. 6.

Überschneidung der einzelnen Gruppen innerhalb der Partei keine strenge Kategorisierung zu; zum anderen kann zur Bestimmung des politischen Standorts einzelner Personen aus Informationsmangel meistens nur ihr Verhalten in einer vorangegangenen Konfliktsituation herangezogen werden. Wenn aber auch dieses Verhalten mehrdeutig ist und wenn selbstverständlich mögliche Standortänderungen unberücksichtigt bleiben müssen, wird es klar, daß eine mathematisch genaue Aufschlüsselung der Parteigremien mehr verspricht, als sie halten kann.

Unter diesen Vorbehalten soll daher hier nur eine Übersicht über die großen personalpolitischen Trends gegeben werden<sup>11</sup>. Das auffälligste Kennzeichen des neuen ZK ist der starke Rückgang seiner Mitglieder und Kandidaten aus der VBA. Während sie über 40% des Gesamtbestandes des IX. ZK stellten, machen sie im X. ZK nur noch ein knappes Drittel aus. Unter den ausgeschiedenen Militärs befinden sich nicht nur die Mitglieder der Lin-Piao-Gruppe, sondern auch Vertreter anderer Loyalitätsgruppen der VBA. Das ist ein Indiz für die grundsätzliche Entscheidung, den Einfluß der VBA in der Partei zurückzudrängen. In die gleiche Richtung deutet auch die zum Jahresende 1973 vollzogene Umbesetzung in den Spitzenpositionen der Militärregionen, in deren Verlauf die regionalen Militärbefehlshaber aus ihren langjährigen Herrschaftsbereichen in andere Regionen versetzt wurden, wo sie ihre bisher in Personalunion ausgeübten Funktionen als 1. Sekretär eines Provinzparteikomitees verloren<sup>12</sup>.

Weniger leicht ist die Frage nach den Nutznießern dieser Politik zu beantworten. Es scheint, daß sowohl der eher gemäßigten Partei- und Regierungsapparat als auch die revolutionären Massenorganisationen mit ihren Vertretern in der Parteispitze an Repräsentanz gewonnen haben. Während letztere jetzt mehr als ein Drittel der ZK-Mitglieder und Kandidaten stellen (vorher ca. 28%), ist der Anteil der Bürokraten aus Partei- und Regierungsapparat ebenfalls auf ca. 29% gestiegen (vorher ca. 27%).

Bemerkenswert daran ist, daß sich in dieser Gruppe eine relativ hohe Anzahl von in der Kulturrevolution gesäuberten Kadern befindet, deren Reaktivierung durch die Wahl ins ZK sanktioniert wurde. Als prominente Beispiele seien hier genannt: Teng Hsiao-p'ing, der ehemalige Generalsekretär der KPCh und „zweite Machthaber in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht“, T'an Chen-lin, der ehemalige Vize-Ministerpräsident, „Renegat, Geheimgagent und konterrevolutionäre Revisionist“, sowie Ulanfu, der ehemalige 1. Parteisekretär der Inneren Mongolei, „bürgerliche Nationalist und Reaktionär“. Ihre Wiederwahl in das ZK dürfte mit einem Passus des neuen Parteistatuts gerechtfertigt werden, in dem es heißt, daß ein Mitglied der KPCh sich mit der großen Mehrheit der Bevölkerung zusammenschließen können muß, einschließlich jener, die zu Unrecht gegen seine Person aufgetreten sind und

<sup>11</sup> Genauere Daten geben die folgenden Aufsätze: Bartke, W., Das neue Zentralkomitee der KPCh, in: China aktuell, 1973/9, S. 574 ff.; ders., Die 195 Mitglieder des X. ZK der KPCh, in: ebenda, 1973/10, S. 656 ff.; ders., Die 124 Kandidaten des X. ZK der KPCh, ebenda, S. 674; Hsiao Yeh-yün, Chung-kung tsui kao ling-tao-ts'eng ti ch'üan-li chieh-kou chi ch'i wei-lai tou-cheng ti ch'ü-hsiang, in: Chung-kung yen-chiu, No. 81, Taipei 1973, S. 5–9; Feng Chün-kui, Chung-kung shih chieh chung-yang-wei-yüan-hui ti fen-hsi, ebenda, S. 16–33.

<sup>12</sup> Ch'üan-kuo ko ti lung-chung chü-hsing chün-min lien-huan-hui, in: JMJP vom 2. 1. 1974; Chin-nien ch'un-chi chung-kuo ch'u-k'ou shang-p'in chiao-i-hui tsai kuang-chou lung-chung k'ai-mou, in: JMJP vom 16. 4. 1974.

ihre Fehler gewissenhaft korrigieren<sup>13</sup>. Diese Rehabilitierungspolitik fand ihre Fortsetzung durch den wahrscheinlich im Januar 1974 erfolgten Wiederaufstieg Teng Hsiao-p'ings in das Politbüro<sup>14</sup> und die Reaktivierung des 1968 gesäuberten ehemaligen Generalstabschefs Yang Ch'eng-wu im August dieses Jahres<sup>15</sup>.

Die Zusammensetzung des X. ZK ist auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt interessant. Obwohl die Zahl der Mitglieder aus den zentralen Partei- und Regierungsorganen leicht zugenommen hat, ist die stärkste Zuwachsrate bei den Kadern aus Provinzen und Regionen zu verzeichnen. Sie stellen jetzt 93 Vollmitglieder und machen das ZK damit zu einem Gremium der lokalen Repräsentanz. Ob das eine lokale Repräsentanz im Sinne einer Dezentralisierung oder einer stärkeren Bindung an die Beschlüsse der Parteiführung ist, wird freilich erst die Zukunft erweisen müssen. Eines aber ist schon heute deutlich: Die lokale Repräsentanz ist keineswegs paritätisch. So stellt z. B. die überproportional starke Vertretung Shanghais im ZK ein klares Gegengewicht gegen die sich neu formierende Gruppe der alten Regierungskader um Chou En-lai dar.

Die Zusammensetzung des Politbüros bestätigt die Ergebnisse der Analyse des ZK. Auch hier hat die Zahl der Militärs fühlbar abgenommen, auch hier bekleiden immer mehr Mitglieder hohe Posten in den Provinzen und Regionen. Im Unterschied zum ZK ist das Politbüro jedoch ein gleichbleibend kleines Gremium geblieben. Es umfaßt nach wie vor 25 Mitglieder und Kandidaten. Von diesen haben sich 12 in der Vergangenheit mit der radikalen Politik der Kulturrevolution identifiziert, nur vier hingegen können zum Kreis der Politiker um Chou En-lai gerechnet werden. Die Stellung der restlichen Mitglieder und Kandidaten des Politbüros ist entweder unklar oder nur von zweitrangiger Bedeutung, nehmen doch mit Liu Po-ch'eng, Chu Te und Tung Pi-wu drei über 80jährige Greise einen Platz im Politbüro ein, für die die Mitgliedschaft weitgehend eine Ehrenfunktion sein dürfte.

Das Übergewicht der Linken zeigt sich auch im höchsten Parteigremium und eigentlichen Führungsorgan der Volksrepublik China, dem aus neun Mitgliedern bestehenden Ständigen Ausschuß des Politbüros. Mao Tse-tung, Wang Hung-wen, Chang Ch'un-ch'iao und K'ang Sheng sind vier führende Köpfe der Kulturrevolution. Ihnen stehen als Vertreter des eher gemäßigten Partei- und Regierungsapparats lediglich Chou En-lai und Yeh Chien-ying gegenüber. Chu Te und Tung Pi-wu dürften, wie schon vorher bemerkt, für die täglichen Geschäfte des Ständigen Ausschusses weitgehend ausfallen; Li Te-shengs Position in den innerparteilichen Auseinandersetzungen ist unklar.

Überraschend an dieser Zusammensetzung ist der plötzliche Aufstieg Wang Hung-wens, eines Shanghaier Arbeiters, der im Januar 1967 als Führer einer revolutionären Arbeiterorganisation das ‚revisionistische‘ Parteikomitee der Stadt stürzen half, seitdem hohe Posten im Shanghaier Partei- und Revolutionskomitee bekleidete und im April 1969 zum Mitglied des ZK avancierte. Warum gerade er in den Ständigen Ausschuß aufrückte und warum andere prominente Linke wie Chiang Ch'ing und Yao Wen-yüan eine relative Schwächung ihrer Position hinnehmen mußten, kann vorerst nur das Thema von Spekulationen sein.

<sup>13</sup> Statut der KPCh, a.a.O., S. 28.

<sup>14</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 1. 1974.

<sup>15</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 8. 1974.

Das X. ZK bestellte nicht nur die höchsten Führungsorgane der Partei, sondern beschäftigte sich auch mit dem alten Problem der Nachfolge. Die jetzt angestrebte Lösung wird in einer dünnen Zeile des Pressekommuniqués des 1. Plenums des X. ZK angedeutet: Dort werden in der Reihenfolge Chou En-lai, Wang Hung-wen, K'ang Sheng, Yeh Chien-ying und Li Te-sheng als Stellvertretende Vorsitzende des ZK genannt. Zunächst fällt hierbei ins Auge, daß die KPCh nach den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit diesmal auf die Nennung nur eines Nachfolgers verzichtet und statt dessen auf ein künftiges Führungskollektiv hinzusteuern scheint. Diesen Eindruck bestätigen auch eine chinesische Pressekampagne zugunsten eines kollektiven Führungsstils in den Parteikomitees und die Tatsache, daß der Personenkult um Mao Tse-tung im neuen Parteistatut wesentlich abgebaut worden ist.

Dennoch sind die fünf Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK nicht als vollkommen gleichrangig anzusehen. Lediglich bei dieser Personengruppe verzichtet das Pressekommuniqué auf die sonst übliche ‚alphabetische‘ Anordnung der Namen und stellt somit durch die Reihenfolge eine Rangordnung auf. Chou En-lai als zuerst genannter Stellvertreter dürfte eine naheliegende Wahl gewesen sein. Daß ihm aber mit Wang Hung-wen, K'ang Sheng und möglicherweise auch Li Te-sheng weitere Stellvertreter zur Seite gestellt wurden, deren politischer Standort weiter links ist, deutet auf einen feinen Balanceakt hin, der Chous Stellung nicht unangefochten erscheinen läßt. Berücksichtigt man schließlich das Alter der Stellvertretenden Vorsitzenden, so können nur Wang Hung-wen und Li Te-sheng als echte Vertreter einer Nachfolgenergeneration gelten. So obskur die genaueren Hintergründe für die Wahl Wang Hung-wens zum dritten Mann in der Parteispitze auch noch sein mögen, eines steht schon heute fest: Es ist ein Signal, daß nicht ein verdienter Altfunktionär, sondern ein junger Mann, der sich seine Verdienste im Kampf gegen das Parteiestablishment erwarb, jetzt unmittelbar hinter den Veteranen Mao Tse-tung und Chou En-lai steht.

## V. Der Aufbau der Partei

Wie mit jedem Parteitag versuchte die KPCh auch diesmal eine Selbstdarstellung ihrer ideologischen Positionen, ihrer organisatorischen Prinzipien und ihrer Aufgaben im gesamten Bereich der chinesischen Innenpolitik zu geben. Das geschieht in konzentrierter Form im neuen Parteistatut, das auf weiten Passagen mehr wie ein Manifest wirkt. Den größten Teil des Parteistatuts nimmt das Kapitel I mit dem Allgemeinen Programm ein. Hierin wird wieder analog zum alten Statut ein Kernpunkt der maoistischen Theorie bekräftigt: Auch im Sozialismus bestünden Klassen und Klassenkämpfe sowie die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus. Neu ist jedoch die Härte, mit der die Notwendigkeit der Kulturrevolution gerechtfertigt wird. Darüber hinaus bestimmt das Statut eindeutig: „Revolutionen dieser Art werden in Zukunft noch mehrmals durchgeführt werden.“<sup>16</sup> Wie ein Leitmotiv durchziehen kulturrevolutionäre Thesen auch andere Teile der Parteitagsdokumente. Besonders zwei Themen spiegeln diesen Linksruck deutlich wider: die Aufnahme neuer Parteimitglieder und die Rolle als gleichzeitiges Subjekt und Objekt des Kampfes, die der Partei wieder zugewiesen wird.

<sup>16</sup> Statut der KPCh, a.a.O., S. 27.

Zum erstenmal seit 1961 wurde auf dem X. Parteitag der KPCh wieder eine Gesamtzahl der Parteimitglieder angegeben. Die neue Zahl von 28 Millionen liegt zwar beträchtlich über der Zahl von 1961 (17 Millionen), doch ist sie bei näherer Betrachtung nicht ganz so eindrucksvoll. Rechnet man, von den Angaben für 1961 ausgehend, mit dem bis dahin erzielten jährlichen Durchschnittszuwachs von 1,5 Millionen Parteimitgliedern<sup>17</sup>, hätte die KPCh 1973 eine Gesamtmitgliederzahl von rund 35 Millionen aufweisen müssen. Daß diese Zahl weit unterschritten wurde, dürfte eine Auswirkung der Kulturrevolution sein, in der die Rekrutierungsarbeit der Partei ruhte<sup>18</sup>. So ist die KPCh bis heute eine Elitepartei geblieben, die im Vergleich zu den kommunistischen Parteien anderer sozialistischer Staaten einen wesentlich kleineren Prozentsatz der Bevölkerung ausmacht.

Dieses ungünstige Zahlenverhältnis und die Überalterung der meisten Führungsorgane scheinen in China erkannt zu sein, rief doch der X. Parteitag zur Heranbildung von „Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats“ auf<sup>19</sup>. Neben den traditionellen Rekrutierungsgruppen der Arbeiter, armen Bauern und unteren Mittelbauern sprach der Parteitag besonders die Frauen und die nationalen Minderheiten an<sup>20</sup>. Die Hervorhebung der weiblichen Parteimitglieder muß dabei im Rahmen einer neuen Kampagne zur Emanzipierung der Frau gesehen werden, die nach der Neubildung der Frauenvereinigung ab Mitte 1973 anlief<sup>21</sup>. Der gegenwärtig angestrebte Anteil der Frauen in der KPCh dürfte zwischen 20 und 30% liegen. Diese Zahlen nennen das Pressecommuniqué des Parteitags und Berichte über die Rekrutierungsarbeit in einzelnen Städten<sup>22</sup>.

Auch die besondere Erwähnung der nationalen Minderheiten dürfte durch die bisherige Unterrepräsentierung dieser Gruppe bedingt sein. Wie im Falle der Frauen begleitet auch hier eine größere Pressekampagne die Rekrutierungsarbeit. Dabei teilte die chinesische Nachrichtenagentur schon im Juli 1973 mit, daß seit dem IX. Parteitag mehr als 143 000 Angehörige der nationalen Minderheiten neu in die KPCh aufgenommen wurden<sup>23</sup>.

Bemerkenswert an der Behandlung des Rekrutierungsproblems durch den X. Parteitag ist aber nicht nur die Hervorhebung, sondern auch die Nicht-Erwähnung einzelner Gruppen. Besonders die VBA und die Intellektuellen scheinen dabei zu den Verlierern zu zählen. Das ist ein weiterer Hinweis für die Entmilitarisierung der chinesischen Innenpolitik und die Abkehr von den Aufweichtungstendenzen der letzten Jahre. Noch im Mai 1973 äußerte sich die chinesische Radiostation Lanchow wie folgt:

„Zuerst waren einige Genossen der Meinung, die Ingenieure und Techniker hätten viele ideologische Probleme, und wenn man sie als Parteimitglieder werbe, so sei das der Reinheit der Partei nicht zuträglich. Angesichts dieser Auffassung wurden die Kader und Parteimitglieder wiederholt angeleitet, die Instruktion des Vorsitzenden Mao über die Stärkung der Partei zu studieren. Das half ihnen, zu verstehen, daß die Mehrzahl der Techniker ihre Welt-

<sup>17</sup> Wu Yüan-li, ed., *China — A Handbook*, New York 1973, S. 209–210.

<sup>18</sup> Snow, E., *The Long Revolution*, New York 1972, S. 157.

<sup>19</sup> Statut der KPCh, a.a.O., S. 27.

<sup>20</sup> Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, a.a.O., S. 33.

<sup>21</sup> Vgl. dazu *La Nouvelle Chine*, No. 14, Paris 1973, S. 40–41.

<sup>22</sup> Pressecommuniqué des X. Parteitags der KPCh, a.a.O., S. 6; *News from Hsinhua News Agency* (hinfort: NFHNA) vom 1. 7. 1973.

<sup>23</sup> NFHNA vom 30. 6. 1973.

anschauung seit der Befreiung unter der Führung der Partei umgeformt und ihr politisches und ideologisches Bewußtsein sehr erweitert hat. Vor allem sind sie in der Großen Proletarischen Kulturrevolution gestählt worden. Daher ist es notwendig, diejenigen Ingenieure und Techniker in die Partei aufzunehmen, die für die Mitgliedschaft geeignet sind . . .“<sup>24</sup>

Solche Sätze sind in China seitdem nicht mehr gehört worden. Zwar verzeichnet das Pressecommuniqué des X. Parteitags, daß auch Delegierte aus den Reihen der revolutionären Funktionäre und Intellektuellen am Parteitag teilnahmen<sup>25</sup>, zwar gibt das Parteistatut neben Arbeitern, Bauern und Soldaten jedem anderen „revolutionären Menschen“ die Möglichkeit zum Eintritt in die Partei<sup>26</sup>, doch scheint insgesamt die Rolle der Intelligenz in China wieder heruntergespielt zu werden.

Das größte Problem stellt aber zweifellos das Verhältnis der alten zu den neu aufgenommenen jüngeren Kadern dar. Der X. Parteitag hat dafür eine leitbildhafte Formel geprägt: Er spricht von einer Dreierverbindung der Älteren, Mittelartrigen und Jüngeren, in der jeder von den Vorzügen des anderen lernen sollte<sup>27</sup>. Diese Formel ist seitdem von allen Presseorganen der Provinzen aufgenommen worden. Dabei haben sich jedoch deutliche Akzentunterschiede gezeigt. So berichtete der Sender Kiangsu von „alten Genossen, die mit großem Enthusiasmus gelobt haben, den jungen Genossen bei der Verbesserung ihrer Kampffähigkeit zu helfen“. Der Sender fuhr fort:

„Viele junge Genossen haben enthusiastisch ihren Respekt vor den reichen Erfahrungen der alten Kader bekundet und gelobt, bescheiden von deren Verdiensten zu lernen.“<sup>28</sup>

Ähnliche Töne schlugen auch andere Radiosendungen aus den ost- und zentralchinesischen Provinzen an.

Widerstand gegen diese restriktive Auslegung der Formel von der Dreierverbindung kommt vor allem aus Shanghai. Bereits im Juli 1973 fragte das Parteikomitee einer Shanghaier Werft in der ‚Roten Fahne‘:

„Warum lehnt man es mit dem allgemeinen Vorwand der ‚Unreife‘ ab, unter den Jugendlichen Parteimitglieder zu werben, anstatt zu fragen, ob sie die Aufnahmebedingungen erfüllen oder nicht?“<sup>29</sup>

Noch deutlicher wurde Radio Shanghai im Oktober 1973; der Sender verurteilte „konservative Ideen, die von Seniorität und Dienstalder ausgehen . . .“<sup>30</sup>. Zur Klarstellung der eigenen Position berichtete der Sender von einem Shanghaier Stadtbezirk, in dem bereits die Hälfte der Kader neu sei<sup>31</sup>.

Auch Radio Honan mußte sich in einer längeren Sendung mit dem Problem des Verhältnisses zwischen älteren und jüngeren Kadern befassen. Die Radiostation meinte:

„Bei der Bewertung junger Kader und Aktivisten, die in der Großen Proletarischen Kulturrevolution und in der Bewegung zur Kritik an Lin Piao und zur Verbesserung des Arbeitsstils aufgetreten sind, ignorieren einige ältere Kader ihre Hauptmerkmale und kritisieren sie statt dessen in jeder Beziehung . . .

<sup>24</sup> Radio Lanchow vom 20. 5. 1973.

<sup>25</sup> Pressecommuniqué des X. Parteitags der KPCh, a.a.O., S. 6.

<sup>26</sup> Statut der KPCh, a.a.O., S. 28.

<sup>27</sup> Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, a.a.O., S. 33.

<sup>28</sup> Radio Kiangsu vom 15. 9. 1973 (SWB vom 21. 9. 1973, B II/7).

<sup>29</sup> Tso-hao fa-chan hsin tang-yüan ti kung-tso, in: HC, No. 7, 1973, S. 33.

<sup>30</sup> Radio Shanghai vom 20. 10. 1973 (SWB vom 26. 10. 1973, B II/5).

<sup>31</sup> Radio Shanghai vom 4. 9. 1973 (SWB vom 11. 9. 1973, B II/1).

Sie suchen neu auszubildende Kader nach ihrem Eigeninteresse aus, bedenken persönliche Vor- und Nachteile und achten darauf, daß sie aus Kaderfamilien kommen . . .

Jeder ältere Kader muß vom Interesse der Partei und den Zielen der proletarischen Revolution ausgehen, die Ausbildung und Sorge für jüngere Kader als seine glorreiche politische Aufgabe begreifen. Ältere Kader dürfen unter keinen Umständen die Erwartungen der Partei und des Volkes enttäuschen . . .<sup>32</sup>

Die ständig wiederkehrenden Klagen über die mangelnde Qualität und Erfahrung der neuen Kader beschäftigten auch die zentrale Presse. Dabei propagierte sie ein zweigleisiges Vorgehen: Einerseits besteht sie auf dem sofortigen Einrücken der jüngeren Kader in Führungspositionen<sup>33</sup>, andererseits berichtet sie von einer neuen Weisung Mao Tse-tungs zur Einrichtung von Studienkursen für Arbeiter-, Bauern- und Soldatenkader. Diese Studienkurse für neue Kader sollen „ihr kulturelles und theoretisches Niveau heben, ihr Bewußtsein vom Kampf der zwei Linien erhöhen, ihre revolutionären Fähigkeiten mehren und allseitig ihre Rolle in den Führungsorganen aller Ebenen fördern“<sup>34</sup>. Das Bestehen auf einer Verjüngung der Partei scheint verständlich, gab doch die Partei selbst das Problem der Überalterung zu<sup>35</sup>. Der Widerstand gegen die Aufnahme jüngerer Parteimitglieder scheint sich freilich nicht nur aus dem tief verwurzelten chinesischen Senioritätsdenken zu speisen. Er ist auch eine Nachwirkung der tiefen Risse, die die Kulturrevolution in der Partei entstehen ließ. So hebt die chinesische Nachrichtenagentur in ihrem innerchinesischen Dienst nicht zufällig das Beispiel einer nordchinesischen Stadtverwaltung hervor:

„Während sie neue Kader ausbildeten und ihnen halfen, haben die alten Kader der industriellen Front in der Stadt Chang-chia-k'ou darauf geachtet, diejenigen neuen Kader korrekt zu behandeln, die ihre Fehler in der Kulturrevolution kritisierten.“<sup>36</sup>

Hier werden die politischen Implikationen der neuen Rekrutierungskampagne sichtbar: Entgegen den Wünschen vieler Kader sollen jetzt ehemalige Rotgardisten in die Partei einrücken, von denen erwartet wird, daß sie für eine neue politische Ausrichtung vieler Parteizellen sorgen werden<sup>37</sup>. Es scheint jedoch, daß sich diese Bewegung zunächst auf die Basisorganisationen der PKCh beschränkt und überdies durch die ab Juni 1974 einsetzende Bildung von Arbeitsgruppen der Arbeiter, Bauern und Soldaten für die theoretische Schulung verlangsamt wird.

So gilt das Hauptinteresse der chinesischen Führung beim Aufbau der Partei gegenwärtig den Basisorganisationen. Weiter ungeklärt bleibt hingegen der Charakter der obersten Führungsorgane. Das neue Parteistatut spricht hier nur allgemein von „einigen erforderlichen vereinfachten und leistungsfähigen Organen, die die Arbeit der Partei, der Regierung und der Armee auf zentralisierte Weise erledigen“<sup>38</sup>. Auch diese nebulöse Formulierung ist eine direkte Folge der Kulturrevolution: Zu tief scheint die Furcht vor dem neuerlichen Entstehen einer zentralen Parteibürokratie zu sein, die alle Massenbewegungen blockiert.

<sup>32</sup> Radio Honan vom 5. 10. 1973 (SWB vom 12. 10. 1973, B II/8—9).

<sup>33</sup> Pa p'ei-yang hsüan-pa hsin kan-pu tang-tso chung-yao jen-wu lai chua, in: JMJP vom 6. 10. 1973.

<sup>34</sup> Pan-hao kung nung ping kan-pu ti hsüeh-hsi-pan, in: HC, No. 10, 1973, S. 13.

<sup>35</sup> Chiang-hsi jih-pao vom 18. 6. 1973, nach: Current Scene, Vol. XI, No. 8, Hongkong 1973, S. 15.

<sup>36</sup> Hsinhua vom 5. 10. 1973 (SWB vom 12. 10. 1973, B II/10).

<sup>37</sup> Ts'ung hung-wei-ping ch'eng-chang ch'i-lai ti hao kan-pu, in: JMJP vom 17. 8. 1973.

<sup>38</sup> Statut der KPCh, a.a.O., S. 29.

## VI. Die Rolle der Partei

Der Wiederaufbau der Partei spiegelt sich auch in ihrem neuen Selbstverständnis wider. Unmißverständlich bestehen die Parteitage Dokumente auf der Führung der Partei in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Besonders angesprochen werden dabei der Regierungsapparat, die VBA und die Miliz sowie sämtliche Massenorganisationen<sup>39</sup>. Wie schon im Parteistatut von 1969 wird die frühere Trennung zwischen einer formal unabhängigen Regierung und der Partei fallengelassen, wenn alle Regierungsorgane unter die „Leitung des Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden und des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK“ gestellt werden<sup>40</sup>. Im Einklang mit dieser Entwicklung steht die Tatsache, daß bereits seit längerer Zeit andere Parteien und die Organe der Einheitsfront nur noch bei Gedenkfeiern in Erscheinung treten.

Die wieder stärker betonte Führungsrolle der Partei geht auch zu Lasten der Revolutionskomitees. Sie dürften angesprochen sein, wenn Wang Hung-wen davor warnt, die Führung durch das Parteikomitee durch eine „gemeinsame Sitzung“ verschiedener Seiten zu ersetzen<sup>41</sup>. Daneben gilt jedoch das Hauptaugenmerk der Partei der VBA. Besonders die nach dem Parteitag angelaufene Kampagne zur Stärkung der Milizarbeit bietet immer wieder Anlaß, die Führung der Partei zu betonen. So widmete die ‚Volkszeitung‘ der Milizarbeit Ende September 1973 mehrere ausführliche Berichte. Sie schrieb:

„Es ist eine hervorragende Tradition von uns, daß die gesamte Partei militärische Dinge anpackt, daß die Partei die Waffen kontrolliert. Nur wenn die Milizarbeit noch besser unter die einheitliche Führung der Partei gestellt wird, können die Milizorganisationen ihren proletarischen Charakter bewahren . . .“<sup>42</sup>

In einem Bericht aus Shanghai in derselben Ausgabe der ‚Volkszeitung‘ wurde die Botschaft noch deutlicher ausgesprochen:

„Die Milizeinheit befolgte die Weisung des Vorsitzenden Mao ‚Unser Prinzip lautet: Die Partei kommandiert die Gewehre, und niemals darf zugelassen werden, daß die Gewehre die Partei kommandieren‘ . . .“<sup>43</sup>

Radio Kuangtung präzisierte, wie hinfort die Befehlsstränge zwischen Partei und Armee zu verlaufen haben:

„Die Abteilungen der Streitkräfte auf allen Ebenen müssen spontan der einheitlichen Führung der lokalen Parteikomitees gehorchen, resolut Beschlüsse und Anweisungen der lokalen Parteikomitees ausführen, den lokalen Parteikomitees über die Milizarbeit berichten, Vorschläge zur Verbesserung der Milizarbeit unterbreiten und aktiv die verschiedenen Aufgaben erfüllen, die ihnen von den lokalen Parteikomitees und den höheren militärischen Stellen gestellt werden . . .“<sup>44</sup>

Die ideologische Rechtfertigung der führenden Rolle der Partei lieferte ein Leitartikel der ‚Volkszeitung‘ aus dem gleichen Zeitraum. Ganz im Sinne des orthodoxen

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, a.a.O., S. 33.

<sup>42</sup> Pan-hao min-ping, in: JMJP vom 29. 9. 1973.

<sup>43</sup> Tsai Mao chu-hsi ko-ming lu-hsien chih-yin hsia chin-i-pu chia-ch'iang min-ping chien-she, ebenda.

<sup>44</sup> Radio Kuangtung vom 11. 9. 1973 (SWB vom 15. 9. 1973, B II/6).

Leninismus definierte er die Partei als die Avantgarde der bewußtesten Revolutionäre des Proletariats und forderte die Mitglieder der KPCh auf, „gegen alle Erscheinungen zu kämpfen, welche die Führung der Partei negieren oder schwächen“<sup>45</sup>.

Zu diesen Erscheinungen zählt aber nun zweifellos ein neues Mao-Wort, das in alle Parteitagsdokumente eingearbeitet wurde: „Gegen die Strömung kämpfen ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus.“<sup>46</sup> Die ausführlichste Interpretation dieses Satzes, der ursprünglich von Mao Tse-tung auf dem 2. Plenum des IX. ZK in der Auseinandersetzung mit Lin Piao geäußert wurde<sup>47</sup>, lieferte Wang Hung-wen vor dem Parteitag. Er wies darauf hin, daß in der Geschichte der KPCh mehrmals falsche Linien vorgeherrscht haben und auch gegenwärtig abweichende Tendenzen auftreten können. Seine Schlußfolgerung daraus stellt die Autorität der Partei prinzipiell in Frage, wird sie doch wieder für fehlbar erklärt:

„Wo es sich um die Linie, um die Gesamtlage handelt, muß ein wahrer Kommunist, frei von jeglichen eigennützigen Überlegungen, den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen, auch wenn das für ihn Amtsenthebung, Ausschluß aus der Partei, Ehescheidung bedeuten oder ihn den Kopf kosten könnte.“<sup>48</sup>

Unter bestimmten Bedingungen kann die Partei also wieder zum Objekt des Kampfes und der Kritik werden. Wang Hung-wen präzisiert das. Er spricht von einer revolutionären Kontrolle der Massen über Partei- und Staatsfunktionäre, erinnert an die vier großen kulturrevolutionären „Waffen der freien Meinungsäußerung, der freimütigen Aussprache, der Wandzeitungen und der großen Debatte“ und warnt die Kader mit einem neu eingefügten Satz des Parteistatuts:

„Es ist absolut unzulässig, Kritik zu ersticken und Repressalien zu ergreifen.“<sup>49</sup>

Nach diesen Ausführungen brach in China eine heftige innenpolitische Auseinandersetzung um die Frage aus, ob eine falsche Linie vorherrscht und worin sie besteht. Chou En-lai äußerte sich zu diesem Problem in seinem Parteitagsbericht noch diplomatisch: Er sprach von einem Kampf gegen Rechtsabweichungen, der linke Abweichungen verdecken könne und umgekehrt. Offen ließ er, welche Abweichung gegenwärtig am gefährlichsten sei<sup>50</sup>. Nach dem Parteitag flammte jedoch sofort eine scharfe Debatte darüber auf.

Ein Artikel der ‚Roten Fahne‘ vom September 1973 bereicherte sie zunächst um eine zusätzliche Variante. Nach diesem Artikel kann der Kampf gegen die Linke nicht nur die Rechte, sondern auch die Ultra-Linke verdecken<sup>51</sup>. Das Thema „ultra-linke Abweichungen“ wurde sofort von anderen Artikeln aufgenommen, die besonders vor einer abenteuerlichen Wirtschaftspolitik warnten und für einen gemäßigten Kurs plädierten. Furcht vor einer neuerlichen Hinwendung zu radikalen Positionen kennzeichnete auch die anfängliche Reaktion der meisten Provinzen auf Wang Hung-wens Äußerungen zu den vier großen Waffen der Kulturrevolution: In

<sup>45</sup> Ch'ung-fen fa-hui wu-ch'an-chieh-chi hsien-feng-tui ti ling-tao tso-yung, in: JMJP vom 15. 9. 1973.

<sup>46</sup> Bericht auf dem X. Parteitag der KPCh, a.a.O., S. 22.

<sup>47</sup> Tzu-chih wei-yüan, in: Chao-hsia, No. 3, Shanghai 1974, S. 56.

<sup>48</sup> Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, a.a.O., S. 32.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 34.

<sup>50</sup> Bericht auf dem X. Parteitag der KPCh, a.a.O., S. 21.

<sup>51</sup> I t'iao chung-yao ti li-shih ching-yen, in: HC, No. 9, 1973, S. 50.

der Mehrzahl nahmen sie die Parole „Gegen die Strömung kämpfen“ nur zögernd auf und verschwiegen den Hinweis auf die „vier Großen“<sup>52</sup>.

Diese Politik des Leisetretens stieß bald auf entschiedenen Widerstand. Schon Anfang September 1973 warnte Radio Hunan in einer Sendung über die richtige Durchführung der Parteitagsbeschlüsse:

„Ein noch größerer Fehler wäre es, die (Parteitags-)Dokumente bewußt falsch zu interpretieren, ihre Bedeutung zu verzerren und sich dem Pragmatismus zu verschreiben...“<sup>53</sup>

Endlich stellte ein Artikel der ‚Volkszeitung‘ klar, was für eine falsche Strömung auf dem Parteitag angesprochen wurde. Die ‚Volkszeitung‘ ignorierte linke Abweichungen, identifizierte die falsche Strömung als Revisionismus und eröffnete dem Mao-Zitat einen breiten Anwendungsbereich in der folgenden Kampagne zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius. Sie polemisierte gegen die Mentalität des Stillhaltens und Abwartens und kritisierte zwei verbreitete Einstellungen: „Immer mit der Strömung schwimmen ist am sichersten“ und „Kleine Leute können sich nicht gegen große Wogen stemmen“. Besonders aber wandte sie sich gegen die These, das Prinzip des „Gegen-die-Strömung-Kämpfens“ schade der Führungsarbeit<sup>54</sup>.

So hat der X. Parteitag von neuem die Kluft zwischen dem leninistischen Konzept einer Elitepartei und den maoistischen Vorstellungen von sozialistischer Demokratie aufgerissen. Der Widerspruch zwischen dem uneingeschränkten Führungsanspruch und den wiederholten Aufforderungen zum Kampf gegen falsche Führungstendenzen eben dieser Partei bleibt trotz aller Dementis der chinesischen Presse bestehen. Wie der oben zitierte Artikel und die Entwicklung der Konfuziuskampagne zeigen, wird er von vielen chinesischen Kadern auch empfunden. Widersprüchlich sind auch die Konsequenzen: Einerseits zeigt sich die Volksrepublik China als sozialistischer Staat, der mit der politischen Partizipation der Massen Ernst machen will, andererseits legt die Partei von neuem die Keime für eine langfristige Instabilität, die durch die Manipulierbarkeit des Mandats zum Kampf gegen die Strömung begünstigt wird.

(Abgeschlossen August 1974)

<sup>52</sup> China News Summary, No. 490, Hongkong 1973, S. 3–4.

<sup>53</sup> Radio Hunan vom 9. 9. 1973 (SWB vom 18. 9. 1973, B II/14).

<sup>54</sup> Fa-yang fan-ch'ao-liu ti ko-ming ching-shen, in: JMJP vom 12. 10. 1973.